

Editorial  
National

2  
3

Sessionsrückblick  
Nationale Abstimmungen

4  
5

Kantonale Abstimmung  
Ortsparteien

13  
14

Zum Schluss noch dies  
Kalender

15  
16

## NEIN zu staatlichen Zwangsgebühren!



Infos über die  
SVP Kanton Luzern:  
[www.svplu.ch](http://www.svplu.ch)

25 Jahre später –  
Der Kampf  
beginnt.

3



Pro und Kontra  
«No Billag»

5 – 11



Kantonale  
Abstimmung  
unnötig und  
teuer.

13



## EDITORIAL

### Liebe Leserin, lieber Leser

**Anfang Jahr 2018 zog ein Sturm über die Schweiz her. Das Wetter zeigt sich unberechenbar und unbeeinflussbar. Gewisse Parallelen tun sich zur politischen Landschaft auf. Der grosse Unterschied besteht aber darin, dass wir es in unserer Hand haben, in der Politik etwas zu beeinflussen!**

Seit den letzten Wahlen ist in der Schweiz ein eigentlicher Staatsstreich passiert. Volksentscheide wurden von unseren drei Staatsgewalten, der Regierung, dem Parlament und der Justiz, nicht mehr umgesetzt. Das hat es so noch nie gegeben und muss bei den nächsten Wahlen Konsequenzen haben. Leute, die den Volkswillen nicht umsetzen, gehören abgewählt.

Die Probleme im Inland werden mit Leichtigkeit übersehen. Der Reiz der Classe politique ist gross, Anerkennung auf internationalem Parkett zu erlangen. Die Sozialwerke würden dringend eine finanzielle Spritze benötigen. Stattdessen will der Bundesrat, ohne Bedingungen zu stellen, 1,302 Mia. Franken Steuergelder an die EU verschenken. Trotz Geschenk hat die EU-Kommission wenige Tage später beschlossen, die Schweizer Börse nur befristet anzuerkennen. Eigentlich müsste die EU an die Schweiz zahlen, denn die Schweiz importiert viel mehr Güter aus der EU, als dass wir ihr verkaufen.

Die Schweiz ist für Konsumenten, Mieter, Investoren und Produzenten ohnehin ein teures Pflaster. Mit mehr Regulierungen und Gesetzen wird diese Situation noch verschärft. Zum Beispiel bei der Energiewende verspricht der Bundesrat zusätzliche Kosten von CHF 40.– pro Haushalt, was weit untertrieben war und eine Lüge ist. Dies zeigt bereits heute die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Das Gesetz sieht eine Verdoppelung der CO<sub>2</sub>-Abgabe von 22 Rappen/Liter Heizöl auf bis zu 52,5 Rappen/Liter Heizöl vor. Werden die Grenzwerte im Gebäudebereich nicht erreicht, folgen staatliche Zwangsmassnahmen wie das Verbot von Ölheizungen. Die SVP des Kantons Luzern hat das Referendum gegen das revidierte Energiegesetz des Kantons Luzern lanciert. So können die Stimmbürger sich bewusst mit dem Energiegesetz auseinandersetzen und schlussendlich entscheiden, ob sie dann auch für die Folgekosten aufkommen wollen oder nicht. Das letzte Wort soll das Volk haben.

Die No-Billag-Initiative scheidet die Geister. Aber eines ist sicher, die Kosten der Gebühren sind zu teuer geworden. Die jährlichen Belastungen für Haushalte und Unternehmen belaufen sich auf 1,35 Mia. Franken. Davon erhält die SRG 91,5 % und 68 Millionen, also Brosamen erhalten nur ein paar Privat-TV und Radiosender. Die No Billag ist nicht das Ende des Service public und auch nicht der SRG. Auf ein JA folgt eine Neuausrichtung. Mit einem NEIN wird das mit Sicherheit nicht die letzte Erhöhung der Gebühren sein.

Die Masseneinwanderungsinitiative wurde im Februar 2014 von Volk und Ständen angenommen. Wie bekannt, hat das Parlament den Volksentscheid nicht umgesetzt. Nun lanciert die SVP die Volksinitiative «für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative). Ziel der Initiative ist es, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu beseitigen. Der Bundesrat kann selber entscheiden, ob er dies durch geschicktes Verhandeln oder durch eine Kündigung des entsprechenden Vertrages herbeiführen will. Der Bundesrat behauptete, es kämen jährlich bloss 8000 Leute ins Land. Effektiv kamen pro Jahr 80 000. Lassen wir uns nicht einschüchtern. Eine Begrenzung ist notwendig. Ja für eine massvolle Zuwanderung.

**Liebe Leserinnen und Leser – Sie haben die Möglichkeit, die politische Landschaft zu verändern, nämlich indem Sie trotz Gegenwind auf Gemeindeebene das Gedankengut der SVP einbringen. Wählen Sie die «richtigen» politischen Vertreter in Kommissionen und Ämter. Die Wahlkommission SVP Kanton Luzern hat ihre Arbeit für die Wahlen 2019 aufgenommen. Das oberste Ziel heisst «wachsen». Fredy Winiger, Kantons- und Gemeinderat, Hohenrain, präsidiert die Wahlkommission.**



Bestimmen Sie mit, stimmen Sie ab, unterschreiben Sie unsere Initiativen und Referenden und beeinflussen Sie damit die politische Entwicklung! Dafür danke ich Ihnen.

Ihre Präsidentin, Angela Lüthold

## Aus der Redaktion

**Bei der Unternehmensteuer-Reform (USR III) hiess es mehrheitlich aus dem linken Lager, dass ein Nein uns allen die Möglichkeit gibt, an den runden Tisch zu sitzen und eine bessere Lösung für uns ALLE zu finden.**

Nur eine Abstimmung später das gleiche bei der Rentenreform. Nur dass bei der Rentenreform eine unheilige Allianz zwischen Links und Rechts entstand. Nun stimmen wir am 4. März 2018 über die No-Billag-Initiative ab. Und wieder wäge ich zwischen verschiedenen Argumenten ab und suche darin mein Ja oder eben mein Nein. Natürlich bin ich für eine Medienvielfalt. Aber verhindert dies nicht gerade ein so grosser und mächtiger Medienplayer, wenn er den regionalen Fernsehstationen auf dem Markt keine Chance lässt? Solange SRG Gebühren bekommt, profitieren auch die kleinen Sender. Von den 451 Franken für «Goliath» fliessen gerade mal 42 Franken in die «Davidskassen». Mit anderen Worten: «Kriegt SRG keine Gebühren, leidet der Regionalsender darunter.» Wieso verknüpft die Politik die Unterstützung und somit die Existenz der Privatsender mit einem Existieren des Staatsfernsehens?

Darf man bei SRG so weitermachen? Darf dieses Unternehmen mit Staatsgebühren eine Plattform schaffen, um seine eigenen Interessen zu publizieren? Darf SRG so mächtig werden, dass die Regionalsender keine Chancen mehr auf dem Markt haben? Dass Bundesrätin und Medienpolitikerin Doris Leuthard davon spricht, dass es keinen Plan B gäbe, ist nicht nur arrogant gegenüber Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, son-

dern auch unqualifiziert und unverantwortlich den vielen Angestellten von SRG gegenüber.

Gemäss neusten Nachrichten studiert nun die Geschäftsleitung von SRG doch noch über andere Finanzierungsmöglichkeiten und dadurch über einen Plan B nach. Gratuliere!

Irritiert bin ich über die Parolenfassung der FDP. Empfehlen doch deren Parteispitze und Delegierte eine Nein-Parole und verlangen gleichzeitig, dass die SRG nun aber sparen müsse und dass man über den Auftrag und Service public bestimmen müsse. Ja, wieso hat die FDP denn nicht einfach dem Gegenvorschlag der SVP im Parlament zugestimmt? Dort verlangte Gregor Rutz eine Halbierung der Billag-Gebühren.

Wahrscheinlich ist ein Nein doch wieder der richtige Entscheid. Ein NEIN gibt allen Beteiligten die Möglichkeit, an den runden Tisch zu sitzen und nach der richtigen Lösung zu suchen. Meine persönliche Bitte ans Parlament: Setzen Sie sich doch von jetzt an zuerst an einen runden Tisch und bringen Sie doch von Anfang an die beste Lösung vors Volk.

Was immer Sie, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für eine Meinung haben. Es geht bei dieser Abstimmung nicht nur um Ja oder Nein zu SRG, sondern auch um ein Ja oder Nein zur Medienvielfalt. Darum gibt der SVP-Kurier auch Befürwortern und Gegnern die Möglichkeit, ihre Sichtweise zu erklären.

Roland Staub,  
Redaktion



### Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich

Grafik/Layout: erni medien GmbH, 6014 Luzern-Littau / [www.ernimedien.ch](http://www.ernimedien.ch)

Druck: ZT Medien AG, 4800 Zofingen

Auflage: 3300 Exemplare

Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:

Roland Staub, 6123 Geiss, [kurier@svplu.ch](mailto:kurier@svplu.ch)

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet ausschliesslich der Autor verantwortlich; es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge zu kürzen oder von der Veröffentlichung auszuschliessen.

**Adressänderungen sind an Ihre Ortspartei zu melden oder an das kantonale SVP-Sekretariat ([sekretariat@svp-lu.ch](mailto:sekretariat@svp-lu.ch), Tel. 041 250 67 67). Die Redaktion kann keine Adressmutationen vornehmen!**



## NATIONAL

# Erneuter Kampf für die Unabhängigkeit der Schweiz

Der hohe Wohlstand der Schweiz basiert auf den Werten Unabhängigkeit, direkte Demokratie und Föderalismus. Und trotzdem muss die Schweiz immer wieder genau diese Werte verteidigen. Alleine im vergangenen Jahrhundert mussten unsere Vorfahren die Selbstbestimmung alle 25 Jahre erkämpfen: vor 100 Jahren, als die Anführer des Landesstreiks in der Schweiz mit dem Kommunismus frönten, in den 40er-Jahren, als es auch in der Schweiz Kreise gab, die mit dem Deutschen Reich paktieren wollten. In den 60er-Jahren gab es einige Unentwegte 68er, die wiederum mit dem Kommunismus liebäugelten, und 1992 musste mit einem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum eine Einbindung in die EU verhindert werden.

Und heute, 25 Jahre später, ist die politische Agenda erneut von der Diskussion über das Verhältnis der Schweiz zur EU bestimmt. Es geht erneut um nichts weniger als die Anbindung der Schweiz an die EU. Der von der EU gewollte Rahmenvertrag sieht in seinen Eckwerten eine automatische Rechtsübernahme in jenen Bereichen vor, in denen wir mit der EU vertraglich verbunden sind. Hinzu kommt die Anerkennung des Europäischen Gerichtshofs bei Streitigkeiten und Sanktionsmassnahmen, sollte die Schweizer Bevölkerung aufgrund eines Referendums eine Rechtsanpassung nicht akzeptieren. Das ist ein Kolonialvertrag, dem wir uns mit gleicher Heftigkeit zur Wehr setzen müssen, wie wir es damals gegen den EWR erfolgreich getan haben.

Der Bundesrat ist sich bewusst, dass es vor dem Schweizer Volk ein solcher Rahmenvertrag schwer haben wird, und spielt deshalb auf Zeit. Er versucht die EU milde zu stimmen, indem er ihr im Herbst 1,3 Milliarden Franken als weitere Osthilfe ohne Gegenleistungen ver-

sprochen hat. Dass es sich aber bei der EU nicht um einen Freund handelt, sondern um einen knallharten Interessenvertreter, hat Juncker gezeigt, indem er trotz dieser Geste der Schweiz die Anerkennung der Börse nur für ein Jahr gewährte. Eine Verlängerung macht die EU vom Abschluss des oben erläuterten Rahmenvertrags abhängig. Das ist Erpressung pur. Dies insbesondere in Anbetracht der sich bestens entwickelnden Oststaaten, die in den letzten Jahren BIP-Wachstumsraten von 3 bis 4 Prozent aufweisen. Das sind keine Entwicklungsländer.

**Innerhalb der Schweiz kann mit der Abschaffung der Stempelsteuer die Wett-**



**Massive Zuwanderung stoppen!**



**Jetzt Begrenzungs-Initiative unterschreiben.**

**bewerbsfähigkeit der Schweizer Börse eigenständig sichergestellt werden.**

**In gleichem Zug gilt es der EU klarzumachen, dass die Personenfreizügigkeit mit der Souveränität eines Landes nicht vereinbar ist und wir die Zuwanderung wieder selbst in die Hand nehmen wollen.**

Nachdem die EU nicht bereit war, nach der Masseneinwanderungsinitiative darüber zu verhandeln, muss das Hindernis zu deren Umsetzung aus dem Weg geschafft werden. Die SVP sammelt deshalb Unterschriften für eine massvolle Zuwanderung, die Begrenzungsinitiative. Diese hat zum Ziel, die Personenfreizügigkeit zu beseitigen. Bei einem Erfolg an der Urne hat der Bundesrat ein Jahr Zeit zu Verhandlungen mit der EU. Sind diese nicht erfolgreich,

ist die Personenfreizügigkeit innert eines Monats zu kündigen. Unterschreiben auch Sie die Initiative, damit wir eine 10-Millionen-Schweiz verhindern können.

Es liegt viel Arbeit vor uns. Gerade Sektionen wie die SVP Luzern, die kürzlich in eindrücklicher Weise im Alleingang eine kantonale Steuererhöhung zu verhindern vermochte, geben mir die Gewissheit, dass es uns auch diesmal gelingen wird, der Schweiz die Unabhängigkeit zu bewahren. Wir sind dazu auch auf nationaler Ebene gut aufgestellt. So konnten wir unseren geschätzten Fraktionschef Adrian Amstutz mit Nationalrat Thomas Aeschi aus dem Kanton Zug ersetzen. Thomas Aeschi musste grosse Schuhe anziehen, wird diese aber dank seiner hohen Dossierkenntnis bestens ausfüllen.

*«Nun ist auch die Schweiz gehalten, sich von der Freundschaftsdiplomatie zu verabschieden, der EU klar zu kommunizieren, dass in der Schweiz nicht die Regierung, sondern das Volks das letzte Wort hat und ein Rahmenvertrag niemals eine Mehrheit findet. Zudem ist auf die Bezahlung der 1,3 Mia. Franken zu verzichten.»*

Parteipräsident Albert Rösti

## SESSIONSRÜCKBLICK WINTER 2017

# Geschenke erhalten die Freundschaft – 1,3 Milliarden Franken für ein bisschen küssen?

**Eigentlich wollten die drei SVP-Nationalräte gemeinsam auftreten. Da Felix Müri gesundheitlich verhindert war, blieb es bei zwei Referenten. Nationalrätin Yvette Estermann und Nationalrat Franz Grüter begrüßten am Mittwoch, 10. Januar 2018 die Gäste im Restaurant Schützenhaus, Stadt Luzern.**

Die Wintersession sei die kürzeste und besinnlichste Session im Jahr. Es stünden dann jeweils viele Wahlen an, und für die Besinnlichkeit stehe der Weihnachtsbaum in der Eingangshalle. Ob dies der ehemalige Nationalrat der CVP Yannick Buttet auch so sah? Kurz war seine Session, ob sie für ihn auch christlich endete, ist zu bezweifeln. Nachdem Nationalrätin Estermann vor allem das Nationalratsbüro und dessen Geschäfte erklärte, liess Grüter mit seiner ersten Folie die Adrenalincurve

bei den Gästen hochsteigen. Um was es in der Wintersession wirklich ging, zeigte der Besuch vom Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker, stellte Finanzpolitiker Grüter fest. Die letztjährige Bundespräsidentin Doris Leuthard wurde ungefragt von Juncker geküsst, und das im Bundeshaus! Ein Kuss für 1,3 Mia. Franken, oder doch sexuelle Belästigung im Bundeshaus?

Auf all die Schlagzeilen, welche mit dicksten Lettern in der Presse erschienen, möge Grü-



ter gar nicht mehr gross eingehen. Die 1,3 Mia. Franken für Ost- und Südstaaten sind Skandal genug, meinte der Nationalrat weiter. Was an Geld rein kommt, wird sofort wieder ausgegeben. So versuchten die SVP-Finanzspezialisten Adrian Amstutz, Thomas Aeschi und Franz Grüter, die 441 Mio. Franken, welche durch das Nein bei der Rentenreform eingespart werden konnten, in die AHV zu (ver-)stecken.



Bekanntlich erfolglos, da der Ständerat das Budget versenkte. Damit wurden diese 441 Mio. nicht in die AHV, sondern in die Schuldenbremse transferiert. Eine Niederlage für die SVP, schreibt danach der «Blick». Ein Grund, eine gute Flasche Wein aufzumachen, meinte Grüter. Im Allgemeinen reibe er aber selten die Hände, vielmehr seine Augen, wenn er sehe, wie das Geld ausgegeben werde.

**OHT**  
**Otto Husmann**  
**Transporte**

Zisternen- und Holztransporte  
Mättelguetstrasse 58  
CH-6105 Schachen/LU



Telefon 041 497 43 22 • Fax 041 497 43 28 • Mobile 079 642 98 80  
E-Mail [otto.husmann@bluewin.ch](mailto:otto.husmann@bluewin.ch) • [www.transporte-und-immobilien.ch](http://www.transporte-und-immobilien.ch)



# NATIONALE ABSTIMMUNGEN



Die Folgen der verweigerten «Service public»-Debatte

## «No Billag» – weil Medien keine Staatssache sind

**Heute betreibt die SRG 17 Radio- und 7 Fernsehsender sowie etliche Online-Plattformen und Social-Media-Profilen. Dies mit grosszügigem Budget: Allein aus dem Gebührentopf fliessen jedes Jahr über 1,2 Mia. Franken an die SRG. Von solchen Budgets können private Sender nur träumen. Die «No Billag»-Initiative will dies radikal ändern: Die Erhebung von Empfangsgebühren soll verboten sein. Damit würde auch der «Service public» abgeschafft. Die SVP wollte über eine Halbierung der Gebühren faire Rahmenbedingungen schaffen und gleichzeitig eine Fokussierung des «Service public» ermöglichen. Da dieser Vorschlag keine Mehrheit fand, ist das Fazit klar: Nur ein Ja zu «No Billag» bringt die nötige Bewegung in die Medienlandschaft.**

Die «No Billag»-Initiative, welche die Radio- und Fernsehgebühren abschaffen will, war eine Reaktion auf die Abstimmung zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) vom Juni 2015. Mit dieser Abstimmung wurde eine Mediensteuer (die sog. «Haushaltabgabe») eingeführt. Künftig müssen alle Haushalte eine Abgabe für Radio und Fernsehen entrichten – völlig unabhängig

davon, ob sie diese Medien konsumieren oder nicht. Auch Unternehmen werden zur Kasse gebeten. Damit wird die einstige

Gebühr – also das Entgelt für eine Leistung, die man bezog – zu einer Steuer, die voraussetzungslos geschuldet ist.

### Enttäuschende «Service public»-Debatte

Die genannte RTVG-Revision wurde nur ganz knapp angenommen. Dies nicht zuletzt darum, weil eine offene, tabulose Diskussion über den künftigen «Service public»-Auftrag in Aussicht gestellt worden ist. Diese Diskussion jedoch verlief in den vergangenen zwei Jahren weitgehend im Sand. Eine vom Bundesrat ins Leben gerufene Medienkommission glänzt der-

weil mit Verlautbarungen, welche die statistische Haltung des zuständigen Departements wiederholen und inhaltlich stützen.

So gelang es, die «Service public»-Diskussion Schritt um Schritt abzuwürgen. Ungeachtet dieser Interventionen wird im zuständigen Departement weitergearbeitet.

Das neue Gesetz soll nicht nur Radio und Fernsehen, sondern auch Internetangebote – und deren Finanzierung – regeln. Dies ist aus zwei Gründen absurd: Er-

stens besteht bezüglich Internet kein Regulierungsbedarf. Auch staatliche Subventionen sind dort nicht nötig, da der Internetbereich boomt. Zweitens hat der Bundesrat im Online-Bereich gar keine Regelungskompetenz.

Da fast alle Zeitungen und Printmedien ihre Angebote auch über das Internet verbreiten, käme ein solches Gesetz einer Regulierung der Presse gleich. Dafür aber fehlt dem Bund die Zuständigkeit. Doch das Ziel des Bundesrates ist klar: Die Stellung der SRG soll zementiert und eine weitere Expansion im Online-Bereich ermöglicht werden. Genau diese Ziele

Weiter auf  
Seite 6



*Seit Monaten basteln Experten an einem «Mediengesetz», welches das bisherige Radio- und Fernsehgesetz ersetzen soll.*

Nationalrat Gregor Rutz

sind auch im Entwurf für eine neue SRG-Konzession abgebildet.

Die Diskussion zur «No Billag»-Initiative im Nationalrat zeigte: Den meisten Votanten geht es um Strukturerhaltung. Die SRG ist noch immer eine heilige Kuh. Darum werden auch sämtliche Sparanträge a priori verworfen. Dies ist falsch – und auch kurzfristig. Die SRG-Vertreter wollen permanent das Beste aus zwei Welten. Geht es um den Leistungsauftrag, beruft sich die SRG auf ihre Unabhängigkeit: Sie fordert unternehmerische Freiheit. Geht es um Einsparungen, beruft sie sich jedoch auf den genannten Leistungsauftrag, welchen es kritiklos zu akzeptieren gelte. Einsparungen seien deshalb nicht möglich.

*Medien ermöglichen den demokratischen Diskurs, denn die Medienvielfalt ist aus staatspolitischer Sicht von höchster Bedeutung.*

#### SVP kämpft für Medienvielfalt

Medienvielfalt ist aus staatspolitischer Sicht von höchster Bedeutung: Medien ermöglichen den demokratischen Diskurs. Darum kämpft die SVP dafür, dass es möglichst viele verschiedene Medien gibt, die unabhängig sind. Unabhängigkeit bedeutet inhaltliche, aber auch finanzielle Unabhängigkeit. Jede «Service public»-Leistung ist letztlich ein staatlicher Markteingriff und bedeutet Wettbewerbsverzerrung. Insofern ist der Ansatz der «No Billag»-Initiative richtig: In einer freien Demokratie sollten Medien nicht staatlich gefördert und dafür Steuern erhoben werden dürfen.

Ein Umdenken ist in der Medienpolitik dringend nötig – nicht zuletzt, weil die Wettbewerbsverzerrungen für etliche private Anbieter unerträglich und die Belastungen für die Haushalte immer grösser geworden sind.

**Nachdem es nicht gelang, einen Gegenvorschlag zu beschliessen, bleibt nur ein Ja zur «No Billag»-Initiative: Ein privater Medien-sektor ist besser als staatlich finanzierte und gelenkte Medien.**

Von Nationalrat Gregor Rutz



## Interview mit Olivier Kessler, Ökonom und Vizedirektor des Liberalen Instituts

**Olivier Kessler, M.A. HSG, ist Ökonom und Vizedirektor des Liberalen Instituts. Er studierte International Affairs & Governance an der HSG. Beruflich war er bereits in mehreren PR-Agenturen und Medienhäusern tätig, unter anderem als Chefredaktor einer Zeitung. Er ist Co-Präsident des Vereins «No Billag», welcher in ehrenamtlicher Arbeit eine Volksinitiative zur Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren auf die Beine gestellt hat.**

*Im Jahre 2014 begann es mit der Unterschriftensammlung zur No Billag. Was war damals der Hauptgrund?*

Als eine Gruppe von engagierten Bürgern sahen wir uns mit der besorgniserregenden Tatsache konfrontiert, dass die Schweizerinnen und Schweizer zunehmend von der Politik bevormundet werden und ihr Recht auf Selbstbestimmung mit stets höheren Steuern, Abgaben und Gebühren mit Füßen getreten wird. Ein funktionierendes Mediensystem ist für eine Demokratie besonders wichtig, weshalb wir uns entschieden haben, die Medien aus der Geiselschaft der Politik und die Bürger von der Billag-Zwangsgebühr zu befreien.

*Zumindest auf nationaler Ebene unbekannte Politiker standen der Initiative vor. War es schwierig Unterschriften zu sammeln?*

Die ganze Übung wäre ohne den enormen Einsatz vieler ehrenamtlich engagierter Bürger nicht möglich gewesen. Wir ha-

ben alle sehr viel Zeit und Energie in das Projekt investiert, damit wir am Ende die nötigen Unterschriften sammeln konnten. Bei den Leuten auf der Strasse kam das Volksanliegen allerdings sehr gut an. Viele sind uns sprichwörtlich um den Hals gefallen und haben sich bedankt, dass endlich einmal jemand etwas gegen diese unsägliche Bevormundung durch Billag-Zwangsgebühren unternahme.

*Ein Jahr später im Jahre 2015 die Abstimmung zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG). Knapp wurde sie angenommen. Was hatte dieses Resultat für einen Einfluss für No Billag?* Die Abstimmung war sinnbildlich für die Unehrllichkeit in der Medienpolitik: Der Bundesrat versprach den Stimmbürgern auf der einen Seite eine Gebührensenkung. Auf der anderen Seite sollen nun einfach die Unternehmen diese Zeche bezahlen, was im Endeffekt nichts anderes heisst, als dass wir alle als Konsumenten höhere Produktpreise bezahlen müssen oder als Mitarbeiter tiefere Löhne erhalten. Denn irgendwie müs-

sen die Unternehmen ja diese zusätzliche Last stemmen. Letztlich ist die gross verkündete «Gebührensenkung» also eine Farce, die lediglich dazu dient, die Kostenwahrheit zu vernebeln. Bei der No-Billag-Initiative handelt es sich jedoch um eine Grundsatzfrage, die wir den Stimmbürgern stellen: «Wollen wir Schweizer in Zukunft weiterhin gezwungen werden, für etwas zu bezahlen, das wir nicht bestellt haben?»

*Die SVP verlangte, dass im Parlament eine Debatte über Service public geführt werden muss. Wie erfolgreich war die Debatte für Sie? Wie stehen Sie zu Service public?*

«Service public» ist ein irreführender Begriff. Eigentlich bedeutet er ja, dass ein Dienst an der Öffentlichkeit geleistet wird. Tatsache ist aber: Jedes rentable Unternehmen leistet einen Dienst an der Öffentlichkeit, indem es den Menschen gute und preiswerte Produkte und Dienstleistungen anbietet und damit das Leben der Menschen verbessert. Im verschleiernenden Sprachgebrauch der Politik jedoch verkommt das Wort zu einer Entschuldigung, weshalb unrentable Produkte und Dienstleistungen, die nicht nach-

gefragt werden, mittels Zwang finanziert werden sollen. Service public ist eine inhaltsleere Worthülse. Es handelt sich dabei um

«Produkte und Dienstleistungen, die dem Bürger vom Staat an den Kopf geworfen werden, obwohl er diese nie bestellt hatte –



*«Eine Halbierung des Problems ist keine Beseitigung des Problems.»*

wobei der Staat danach noch die Dreistigkeit hat, für diese nicht-bestellten Dinge Rechnungen auszustellen.

*SRF muss weitere Aufgaben erfüllen wie zum Beispiel in Notsituationen und Kriegsfall informieren und die Erreichbarkeit der ganzen Schweiz gewährleisten. Wer übernimmt das in Zukunft und zu welchen Bedingungen?*

Sämtliche Medien haben ein Interesse daran, über diese Dinge zu berichten. Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung. Solche Nachrichten verbreiten sich heute in Windeseile, auch ohne Billag-Zwangsgebühren, weil eine Nachfrage der Bürger nach solchen Informationen besteht. Wo eine Nachfrage besteht, wird es auch ein Angebot geben. Art. 93 Abs. 6 des No-Billag-Initiativtexts besagt zudem: «Der Bund betreibt in Friedenszeiten keine eigenen Radio- und Fernsehstationen.» Dies bedeutet im Umkehrschluss, in Kriegszeiten dürfte er trotzdem eigene Radio- und Fernsehstationen betreiben. Dies verunmöglicht die Initiative nicht.

*Wieso fand man keine Gemeinsamkeiten mit der SVP? Der Gegenvorschlag von Nationalrat Gregor Rutz, die Gebühren auf Fr. 200.– zu senken, wäre beim Volk mehrheitsfähig!*

Wir sind der Überzeugung, dass auch die Abschaffung der bevorstehenden Billag-Zwangsgebühren mehrheitsfähig ist. Eine Halbierung des Problems ist keine Beseitigung des Problems! Im Gegenteil: Eine Halbierung hätte die unsägliche Abhängigkeit der Billag-finanzierten Medien vom Staat noch weiter zementiert. Weil die Medienfreiheit ein derart wichtiges Gut ist und Medien nicht vom Staat abhängig sein dürfen, gilt es, die Billag-Zwangsgebühren vollständig zu beseitigen.

*Wenn No Billag durchkommt, ist das auch das Aus für viele Privatsender! Hand aufs Herz; habt ihr daran gedacht, dass ihr damit unzählige private Sender und deren Arbeitsplätze gefährdet?*

Diese Argumentation können wir nicht nachvollziehen. Weshalb sollten private Sender einfach so verschwinden, wenn es eine Nachfrage nach ihnen gibt? Das ist ökonomisch unlogische Panikmache der Zwangs-

gebühren-Profiteure, die sich ihre Sonderprivilegien aus dem prall gefüllten Billag-Gebührenpotopf auf Kosten der Bürger gerne sichern möchten. Vergessen wir nicht: Es gibt etliche Privatsender wie etwa Radio Sunshine oder Radio Pilatus, die keinen Rappen Billag-Zwangsgebühren beziehen und trotzdem einen tollen Job machen.

*Der seriöse Journalismus wird gefährdet. Ohne Billag-Gebühren sind alle Sender vermehrt von Werbung abhängig. Dies schränkt den Journalismus ein, da man neu Berichte über Werbepartner machen muss.*

Weshalb muss seriöser Journalismus durch Zwangsgebühren oder Werbung finanziert sein? Glücklicherweise haben wir keine Zeitschriften-Zwangsgebühr. Trotzdem existiert eine breitgefächerte Auswahl an Titeln, die seriösen Journalismus liefern und sich unter anderem durch Abo-Beiträge einer freiwillig zahlenden Kundschaft finanzieren. Gerade weil viele Kunden einen unabhängigen Journalismus wünschen, wird es viele Titel geben, die genau das bieten und nicht nach der Pfeife der Inserenten tanzen. Dies ist genauso gut im Radio- und TV-Bereich möglich. Die entsprechenden Technologien wie Pay-on-Demand oder Bezahl-Abos gibt es längst.

*Regelmässig hört man, dass SRF vor allem die linke Meinung vertritt. Wäre No Billag auch ein Thema, wenn es umgekehrt wäre?*

Selbstverständlich. Es geht uns ums Prinzip: Niemand soll gezwungen werden, für etwas zu bezahlen, das er nicht bestellt hat. Auch ein zwangsfinanziertes «Weltwoche-Abo» wäre ethisch nicht vertretbar.

*Was verstehen Sie unter Medienvielfalt?*

Darunter verstehe ich, dass es eine Vielzahl verschiedener Medien gibt, die unterschiedliche Ansichten vertreten und unterschiedliche Themen auf verschiedenartige Weise behandeln. Zur Medienvielfalt gehört auch ein Medienwettbewerb: Die Titel sollen sich um die Gunst der Kundschaft bemühen, indem sie bessere Angebote zur Verfügung stellen als die Konkurrenz. Dies stärkt die Medienqualität. Heute haben wir das Gegenteil: Den meisten Bürgern wird durch die Billag-Zwangsgebühr ein Gross-

ken freisetzen, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen wird – und zwar in jenen Branchen, in denen sie am dringendsten gebraucht werden.

*Unterstützung bekommt ihr vom Gewerbeverband und bestimmt von einem Teil der SVP. Von wem wird sonst noch Unterstützung erwartet und wie gross schätzen Sie die Chancen ein, dass es ein Ja für die No-Billag Gebühren gibt?*

Ein Grossteil des politischen Establishments und der Medienschaffenden setzt sich gegen die No-Billag-Initiative ein. Viele bekannte Politiker sind gernge-

*Bei der No-Billag-Initiative  
handelt es sich jedoch um eine Grundsatzfrage,  
die wir den Stimmbürgern stellen:  
«Wollen wir Schweizer in Zukunft weiterhin  
gezwungen werden, für etwas zu bezahlen,  
das wir nicht bestellt haben?»*

teil ihres persönlichen Medienbudgets aus der Tasche gezogen und es einseitig einer Quasi-Monopolistin namens SRG nachgeworfen, so dass die Bürger nicht mehr selbst entscheiden können, welche Medien sie konsumieren und kaufen möchten, weil schlichtweg das Geld dazu fehlt.

*Was genau würde sich zum positiven verändern, wenn die Abstimmung angenommen wird?*

Alle Haushalte würden um mehrere hundert Franken pro Jahr entlastet. Sie könnten dieses Geld neu so ausgeben, wie sie das für richtig halten, und nicht so, wie die Politik es ihnen befiehlt. Dies stellt eine enorme Entlastung insbesondere für geringverdienende Haushalte dar.

Zudem wird die Wahlfreiheit und die Medienfreiheit gestärkt. Die schädliche Abhängigkeit zwischen Politik und Medien wird aufgelöst, sodass beide wieder unabhängig voneinander fungieren können. Zudem würde die Abschaffung der Billag-Zwangsgebühr eine ungeheure Kaufkraft von jährlich 1,35 Milliarden Fran-

hene Gäste in den Sendungen der SRG. Ihr verdanken sie zu einem grossen Teil ihre Bekanntheit in der Öffentlichkeit. Wenn sie sich nun für die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren einsetzen würden, könnte sie die SRG als Trotzreaktion einfach nicht mehr in die Sendungen einladen.

Etablierte Politiker haben also viel zu verlieren. Genauso die Journalisten: Die SRG zahlt branchenweit die höchsten Löhne dank ihren Billag-Milliardeneinnahmen. Für die meisten Journalisten stellt die SRG das Karriere-Endziel dar, weil man dort schlichtweg am meisten verdient. Folglich will man es mit der SRG nicht verscherzen. Jeder No-Billag-kritische Artikel kann folglich durchaus als indirektes Bewerbungsschreiben verstanden werden. Wir rechnen folglich nicht mit allzu viel Support von der politischen Klasse.

Wir sind aber überzeugt, dass die Stimmbürger diese Zusammenhänge erkennen, und hoffen, dass sie sich letztlich für die Abschaffung des ungerechten Billag-Gebührenzwangs aussprechen.





# ... oder eben doch NEIN zur No Billag?

## Interview mit Diego Yanez, Komitee «Nein zum Sendeschluss»

**Herr Diego Yanez, geboren am 7. Mai 1958 in Spanien und seit 1961 in der Schweiz, lebt im Kanton Luzern. Interessante Stationen machten Herrn Yanez bei diesem Thema zu einer kompetenten Persönlichkeit. Redaktor der Zeitung Vaterland, 1988 Eintritt beim Schweizer Fernsehen DRS als Netto-Redaktor, 10vor10-Redaktor, Autor und Produzent «Reporter», stv. Redaktionsleiter Quer, Nachrichtenchef und Chefredaktor SRF waren einige Stationen, bis Herr Yanez das SRF verlassen und im Jahre 2013 die Stelle als Direktor der Schweizer Journalistenschule MAZ in Luzern angenommen hat.**

*Im Jahre 2014 begann eine junge Gruppe von jungen Menschen mit der Unterschriftensammlung zur No Billag. Was waren dazumal Ihre ersten Gedanken dazu?*

Nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung war mir klar: Diese Initiative muss man ernst nehmen.

*Hat sich SRG auch gefragt, warum es dazu gekommen ist, dass Bürgerinnen und Bürger gegen die Billag-Gebühren und somit mit der Leistung und dem Auftrag der SRG nicht einverstanden sind?*

Ich kann nicht für SRG sprechen. Ich habe das Unternehmen vor vier Jahren verlassen. Aber ich gehe davon aus, dass sich die Verantwortlichen natürlich ihre Gedanken machen. Wenn ich allerdings die hohen Zuschauer- und Hörerzahlen betrachte, komme ich zum Schluss, dass die Zufriedenheit gesamthaft sehr hoch ist. Unzufrieden ist man in der Regel mit einzelnen Sendungen, nicht mit dem Gesamtangebot. Praktisch jeder hat Lieblingssendungen, die er konsumiert. Ob dies die Tagesschau, die Landfrauenküche, das Echo der Zeit, das Live-Spiel Federer gegen Nadal oder das Regionaljournal ist, hängt von den persönlichen Präferenzen ab. Die punktuelle Un-

zufriedenheit wird von den Initianten und ihren Verbündeten gezielt geschürt.

*Es kam dann im Jahre 2015 die Abstimmung zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG). Was hatte dieses Resultat auf die SRG für einen Einfluss in den weiteren Überlegungen?*

Das RTVG wurde angenommen, wenn auch extrem knapp. Zu dieser Zeit hatte ich SRG bereits verlassen. Daher kenne ich die Überlegungen nicht. Aber es ist klar: der Dialog mit dem Publikum ist wichtiger denn je.

zung der Konzession, falls die Initiative abgelehnt wird, stehen noch an. Damit wird die Diskussion endlich konkret. Die Politik – also jene Vertreter, die wir gewählt haben – hat hier viel Gestaltungsraum. Und in der Presse wird diese Diskussion fast täglich breit und intensiv geführt. Die SRG kann allerdings nur reformiert werden, wenn sie überlebt.

**Der Kern des Service public wird in der Verfassung definiert: Artikel 93 Absatz 2:**

Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfal-

Im Rahmen des neuen Mediengesetzes und der neuen Konzession wird es an der Politik sein, Anpassungen vorzunehmen. Vorausgesetzt natürlich, die Initiative wird abgelehnt.

*Wie sieht der Auftrag der SRG für Sie konkret aus?*

SRG hat ein Programm anzubieten, das keinem Investor, keiner Partei und keiner Regierung verpflichtet ist. Es muss ein Programm für alle sein und sich von den Privaten deutlich abheben.

*Die SVP kam mit einem Gegenvorschlag «Halbierung der Billag-Gebühren». Dieser wurde abgelehnt. Ein paar Tage später der Vorschlag von Bundesrätin Doris Leuthard «1 Franken pro Tag». Was halten Sie von der schweizerischen Politik, oder anderes gefragt; waren Sie auch schon mal auf einem türkischen Basar?*

Der SVP-Gegenvorschlag wurde in beiden Kammern von einer klaren Mehrheit der Volksvertreter abgelehnt. Das hat mit einem türkischen Basar nichts zu tun, sondern gehört zu den Spielregeln der parlamentarischen Arbeit. Die neue Abgabe von einem Franken pro Tag wurde von der zuständigen Bundesrätin Leuthard nicht Tage, sondern Monate später präsentiert. Angekündigt hatte sie eine Senkung der Gebühren, aber bereits im Kontext zum 2015 angenommenen RTVG: Sie ist ein Effekt des neuen Systems.

*Frau Bundesrätin Leuthard sagt auch, dass es keinen Plan B für SRG gäbe. Sollte die Initiative angenommen werden, wäre das also der Tod vom Schweizer Fernsehen. Was halten Sie von dieser Aussage?*

«SRG hat ein Programm anzubieten, dass keinem Investor, keiner Partei und keiner Regierung verpflichtet ist.»

Diego Yanez, Komitee «Nein zum Sendeschluss»

*Die SVP verlangte, dass im Parlament eine Debatte über Service public geführt werden muss. Wie erfolgreich waren diese Diskussionen für Sie und wie stehen Sie zu Service public?*

Die entscheidende Debatte ist nicht abgeschlossen. Das neue Mediengesetz und die Erneue-

zung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.

*Erwartet man nicht von der obersten Medienpolitikerin gerade in solchen Situationen Weitsicht? Ist diese Aussage gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von SRG verantwortungsbewusst?*

Die Initiative ist derart unmissverständlich und radikal formu-



liert, dass ein Plan B gar nicht möglich ist. Der SRG und damit SRF fehlen im Fall einer Annahme per 1. Januar 2019 75 Prozent der Einnahmen. Und die Werbeeinnahmen von 300 Millionen Franken für die gesamte SRG würden weitgehend wegfallen. Denn diese werden nur mit einem Voll-Programm generiert. Ohne öffentliche Finanzierung könnten aber nur etwa 10 Prozent der Sendungen überleben. Die restlichen 90 Prozent sind über den Markt nicht zu finanzieren. Wer glaubt, eine Tagesschau beispielsweise könne im Abo angeboten werden, träumt. Es gibt in ganz Europa, und, so viel ich weiss, auf der ganzen Welt, kein derartiges Angebot. Dies mit gutem Grund. Es wäre zu teuer. Erst recht im kleinen mehrsprachigen Schweizer Markt. Gerade die teuren Info-Sendungen, die den Kern des Service public ausmachen, sind weder mit Werbung noch mit einem Abo zu finanzieren.

*Die kleinen Regionalsender sind abhängig von SRG. Sollte SRG keine Gebühren bekommen, erhält der Privatsender auch nichts? Finden Sie das in Ordnung?*

34 private Radio- und TV-Sender finanzieren sich mit Hilfe von Gebührengeldern – das hat nichts mit einer Abhängigkeit von SRF

zu tun. Die Initiative will die SRG zerschlagen und nimmt in Kauf, dass quasi als Kollateralschaden bis zu 34 private Radio- und TV-Sender eingehen. Auch in die-

Werbemarkt. Die Werbung wandert vom Print ins Internet ab, vor allem zu Facebook und Co. Dass die Verlagshäuser über Kooperation und Konzentration die Ko-

## *Im Fall einer Annahme fehlen der SRG und damit SRF per 1. Januar 2019 75 Prozent der Einnahmen. Werbeeinnahmen von 300 Millionen Franken für die gesamte SRG würden weitgehend wegfallen.*

sem Punkt lässt die Initiative keinen Spielraum offen.

*Auch ausserhalb der No Billag verändert sich die schweizerische Medienwelt dramatisch. NZZ Medien und AZ Medien vereinen sich. Tamedia und Goldbach Medien suchen eine gemeinsame Zukunft. Ja auch «Blocher-Medien» gab zu reden. Wie sehen Sie den seriösen vielfältigen Journalismus in den nächsten Jahren?*

Die privaten Medien stehen unter enormem wirtschaftlichem Druck. Aufgrund des veränderten Medienkonsums und der etablierten Gratiskultur gehen Auflage- und Leserzahlen zurück. Begleitet wird diese Entwicklung durch einen unaufhaltsamen Einbruch im

sten drücken, ist nachvollziehbar. Langfristig braucht es neue Businessmodelle, die heute niemand kennt. Auch im Ausland nicht. Wer glaubt, den privaten Medien würde es ohne SRF bessergehen, irrt. Beide angesprochenen Entwicklungen würden sich auch ohne SRF fortsetzen – allerdings in einem stark geschwächten Schweizer Medienmarkt.

*Man kann es nicht von der Hand weisen. SRG ist in ihrer Berichterstattung eher links orientiert. Überall redet man von «Quoten-Politik». Kann sich SRG auch vorstellen, in Zukunft bürgerlich orientierte Journalisten einzustellen? Journalisten stehen in einem freihetlichen System naturgemäss in*

einem Spannungsverhältnis zur bestehenden Ordnung. SRF-Journalisten unterscheiden sich kaum von den Journalisten in privaten Medienhäusern. Was SRG in Zukunft macht, kann ich nicht beantworten. Nur so viel: Am Leutschenbach gibt es und gab es schon immer Bürgerliche. Ich empfehle die Liste jener Journalisten zu konsultieren, die von SRF in die Politik gewechselt haben. Mit Ausnahme von Matthias Aebischer (NR/SP) fallen mir nur bürgerliche Politiker ein.

*SRG wird momentan sehr kritisiert. Was würde sich konkret ändern, wenn SRG mit einem blauen Auge davonkommt?*

Diese Frage kann nur SRG beantworten. Doch bin ich überzeugt, dass sich die SRG und damit SRF verändern muss und wird.

*Können Sie sich auch vorstellen, die Zwangsgebühren abzuschaffen? Also zurück zum Prinzip, wer schaut bezahlt, und zwar nur einmal!*

Ich bin kein Befürworter dieses Prinzips. Dieser Logik folgend müssten zum Beispiel Kinderlose nicht die Schulen mitfinanzieren und Autofahrer nicht die SBB.

*Was würde konkret mit der SRG passieren, wenn die No Billag angenommen wird?*

Wenn die Initiative angenommen wird, wird SRG die geordnete Liquidation einleiten müssen. Es gibt keine glaubwürdige Alternative. Der vom SGV vorgeschlagene Plan B ist ein Phantasieprodukt ohne Hand und Fuss. Der Plan geht von spekulativen Annahmen aus, die nicht im Ansatz nachvollziehbar sind.

*Auf was müsste Herr und Frau Schweizer in Zukunft verzichten, wenn die No-Billag-Initiative angenommen wird?*

Neun von zehn eigenproduzierten SRF-Sendungen sind über den Markt nicht zu finanzieren, d. h., es würde sie nicht mehr geben. Das hat nichts mit Schwarzmalerei zu tun, sondern mit Medienökonomie und Ehrlichkeit.

*Bezahlen Sie gerne für etwas, was Sie nicht konsumieren wollen?*

Wo ein gesamtgesellschaftlicher Nutzen gegeben ist, und das ist hier der Fall, trage ich gerne meinen Teil dazu bei.



Gerade der Medien- und Meinungsvielfalt zuliebe suchte die Redaktion vom SVP Kurier das Gespräch mit Herrn Diego Yanez!

## Transparente, wo man hinschaut. Eine der wohl emotionalsten Abstimmungen seit dem NEIN zum EWR-Beitritt!





# ... vielleicht eben doch JA zur No-Billag!

## Nur bei einem JA zur No-Billag-Initiative wird sich etwas ändern

**Erinnern Sie sich an die Versprechen von Bundesrätin Doris Leuthard und dem ehemaligen SRG-Generaldirektor Roger de Weck nach der knapp gewonnenen RTVG-Abstimmung? Es werde eine offene und konstruktive Service-public-Diskussion geben! Das Gegenteil ist passiert: Die Diskussion fand nicht statt, die Gesamteinnahmen der Gebühren sind gestiegen (auf 1,358 Milliarden Franken im Jahr 2016) und die SRG hat ausgebaut: Zu den 17 Radio- und 7 Fernsehsendern und 13 Websites kamen sage und schreibe 108 Facebook-, 54 Twitter- und 32 Instagram-Accounts sowie 42 YouTube-Kanäle dazu.**

Von Natalie Rickli, SVP-Nationalrätin,  
Winterthur

Nachdem der von der SVP eingebrachte Gegenvorschlag im Nationalrat für eine Halbierung der Gebühren im Parlament leider abgelehnt wurde, bin ich zum Schluss gelangt, dass sich nur bei einem JA etwas ändern wird. Die stv. Generaldirektorin der SRG, Lädina Heimgartner, schrieb jüngst in der NZZ: «Gross wäre die Erleichterung innerhalb der SRG, würde es eine realistische Alternative geben, die Sinn und Geist dieses Gesellschaftsauftrags auch im Fall der Annahme der No-Billag-Initiative ermöglichte.» Auf meine Frage, warum die SRG-Chefs alle Vorstösse und den Gegenvorschlag im Parlament bekämpft hätten, habe ich keine Antwort erhalten.

### Plan B der SRG

Dass die SRG keinen Plan B haben soll, ist ein Witz. Wenn all diejenigen, die Nein zur Initiative sagen, im heutigen Umfang bezahlen

würden, käme ein hoher Betrag zusammen. Auch ich würde ein Abo der Tagesschau kaufen. Diese Sendung kostete 2016 pro Zuschauer und Sendung übrigens 9 Rappen. Hochgerechnet auf ein Jahr ergibt das Kosten von 33 Franken. Es sei an dieser Stelle auch die Frage gestellt, für was die SRG ein so teures Management braucht, das keine Alternativen aufzeigt. Alleine der Generaldirektor verdient mehr als 500 000 Franken pro Jahr, wofür über 1100 Gebührenzahler (à 451 Franken) aufkommen müssen. Sparpotential gibt es also genügend.

Statt ihre Verantwortung wahrzunehmen, schicken die SRG-Chefs ihre Mitarbeiter auf Facebook und Twitter in den Abstimmungskampf. Zusammen mit Künstlern und Promis warnen sie vor einem «Blackout» und dem Zusammenbruch des Landes. Die

Abhängigkeiten vieler Personen, Organisationen und Branchen von staatlichen Geldern werden deutlich.

### Meinungs- und Medienfreiheit

No-Billag-Befürworter werden als Egoisten und Landesverräter beschimpft. Wie weit haben wir es gebracht in unserer Demokratie, in der Meinungsfreiheit zentral ist? Dazu gehören auch die Medienfreiheit und die Medienvielfalt. Wer sagt, diese werden (nur) mit staatlichen Geldern sichergestellt, irrt. Eigentlich müssten Zeitungsredaktoren und Medien-

unternehmer auf die Barrikaden steigen. Qualität soll nur sein, was mit Steuern finanziert ist?

Bei Zeitungen und im Internet herrscht Wahlfreiheit: Die Leser und User können selber entscheiden, was für sie Qualität ist und welche Medien sie konsumieren wollen. Dies soll künftig auch für den Radio- und Fernsehkonsum gelten! Mit den freiwilligen Abo- und damit verbundenen Werbeeinnahmen wird die SRG auch nach Annahme der No-Billag-Initiative in allen Landesteilen präsent sein können.

*«Wie weit haben wir es in unserer Demokratie gebracht, in der Meinungsfreiheit zentral ist, wenn No-Billag-Befürworter als Egoisten und Landesverräter beschimpft werden?»*



## SVP Luzern TV – das Internetfernsehen der SVP Kanton Luzern

### Der Moderator des SVP Luzern TV Roland Staub im Gespräch mit politischen Grössen.

In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und ak-

tuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen!



**Seit Mai 2013 1 x pro Monat!  
Ungefiltert und direkt!**

[youtube.com/svpkantonluzern](https://youtube.com/svpkantonluzern)



## Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021

### Worum geht es?

Die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer sind die bedeutendsten Einnahmequellen des Bundes. Das Recht des Bundes, diese Steuern zu erheben, ist bis 2020 befristet. Mit der neuen Finanzordnung 2021 wird dieses Recht bis Ende 2035 verlängert.

### Abstimmungsfrage

*Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021 annehmen?*

### Die Haltung von Bundesrat und Parlament

Bundesrat und Parlament empfehlen, die Verfassungsbestimmung über die neue Finanzordnung 2021 anzunehmen. Der Nationalrat hat die Vorlage mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen, der Ständerat mit 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.



Bodenbeläge GmbH  
**Glanzmann**

- Parkett
- Laminat
- Bambus
- Teppich
- Keramikplatten
- und vieles mehr..

Fussböden für Lebens(t)räume.

Grundstrasse 22a, 6343 Rotkreuz - Tel. 041 790 73 40 / [office@glanzmann-bodenbelaege.ch](mailto:office@glanzmann-bodenbelaege.ch)

# KANTONALE ABSTIMMUNG

## Zahlbares Wohnen für alle – unnötig und teuer

**Die kantonale Volksinitiative «Zahlbares Wohnen für alle» der Sozialdemokratischen Partei möchte durch eine aktivere kantonale Wohnbaupolitik mehr preisgünstigen Wohnraum schaffen. Die Analyse zeigt jedoch, dass die Umsetzung keinen echten Nutzen bringt und unnötig finanzielle Mittel bindet. Regierung und Parlament, die bürgerlichen Parteien und der Hauseigentümerverband lehnen das Volksbegehren deshalb klar ab.**

Vereinzelte Preisexzesse und eine stetige Teuerung, insbesondere beim Eigentum, haben das Thema preisgünstigen Wohnraum bei den Parteien und in den Medien bekannt gemacht. Dies ist erstaunlich, scheint es doch bei der Mehrheit der Bevölkerung kaum relevant zu sein.

Im aktuellen Sorgenbarometer der CS erscheint das Problem überhaupt nicht. Aber so einfach ist es nicht. Bei den niedrigen Einkommen ist der Anteil der Wohnkosten in den letzten 15 Jahren gestiegen. Es ist deshalb richtig, dass sich auch die Politik mit dem Thema beschäftigt. Wohnen ist nicht einfach ein Gut, das man sich leisten kann oder nicht. Wohnen ist ein Grundbedürfnis – jeder Mensch soll

würdig wohnen dürfen. Die Initiative der



SP leistet jedoch keinen Beitrag zur Erreichung dieses sozialpolitischen Ziels.

Die Initiative hat insbesondere zwei Pfeiler: Sie will einerseits geeignete kantonale Grundstücke zu günstigen Konditionen an gemeinnützige Bauträger verkaufen oder im Baurecht abgeben. Sie will andererseits die Wohnbauförderung aus einem kantonalen Fonds finanzieren, der mit einem jährlichen Betrag von rund 11 Millionen zu alimentieren ist. Die Initianten wollen also den Kanton zu einer deutlich aktiveren Wohnbaupolitik zwingen und erhoffen sich so mehr preisgünstigen Wohnraum.

**Die Argumente gegen die Initiative sind aber zahlreich:**

**Kein Handlungsbedarf**

Die Initiative wurde zu einem Zeitpunkt gestartet, da die Angst

vor einem ungesunden Überschüssen der Mieten weit verbreitet war. Heute kann man sagen, dass die Ängste unbegründet waren. In der Schweiz stehen über 60 000 Wohnungen leer und die Angebotsmieten zeigen eher nach unten. Es besteht also grundsätzlich kein akuter Handlungsbedarf.

**Kaum geeignete Grundstücke**

Der Kanton Luzern hat kaum geeignete Grundstücke, die sich für den gemeinnützigen Wohnungsbau eignen. Es ist somit nicht ersichtlich, warum eine neue Regelung geschaffen und dafür auch noch ein teurer Fonds geöffnet werden soll.

**Gemeinnütziger Wohnungsbau funktioniert**

Der Kanton Luzern ist eine der Wiegen des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Starke Wohnbaugenossenschaften sind geschätzte Marktteilnehmer, die ein Bedürfnis im Markt befriedigen können. Gerade diese Genossenschaften bestätigen aber, dass die Initiative keine ihrer Herausforderungen löst. Sie haben weder Mühe bei der Kapitalbeschaffung, noch gibt es kantonale

Grundstücke, die sie gerne erwerben würden.

**Initiative ist teuer**

Die Initiative verlangt, dass für die Wohnbauförderungsmassnahmen ein Fonds errichtet wird. Dieser soll mit jährlich ca. 11 Millionen gespiesen werden, wobei der Betrag an die Gesamtsumme der Gebäudeversicherung gekoppelt ist. Ein zusätzliches Engagement in der Wohnbauförderung belastet den Kanton finanziell sehr stark. Die Mittel müssten anderweitig eingespart werden. Vor dem Hintergrund des Sorgenbarometers hätte die Bevölkerung kein Verständnis für mehr Wohnbauförderung, während Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Soziales zusätzlich sparen müssten.

**Wohnbauförderung ist Gemeindeaufgabe**

Wohnbauförderung ist grundsätzlich eine Aufgabe der Gemeinden. Einzelne Gemeinden setzen hier auch einen Schwerpunkt, wie die Stadt Luzern zeigt. Eine kantonale Regulierung ist aber weder nötig noch sinnvoll. Die Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» schafft eine Regulierung ins Leere. Dafür Geld in einem Fonds zu äufnen, welchen es wahrscheinlich gar nicht braucht, wäre finanzpolitischer Irrsinn.

**Die Initiative ist deshalb abzulehnen.**

*«Die Analyse zeigt, dass die kantonale Wohnbaupolitik für mehr preisgünstigen Wohnraum keinen echten Nutzen bringt.»*

Armin Hartmann, Gemeindevorsteher, Schlierbach, Kantonsrat, Präsident Hauseigentümerverband



## Raclette Plausch

Samstag, 24. Februar 2018

Im Schützenhaus in 6122 Menznau

14.00 Uhr Referat:

Vroni Thalmann, Kantonsratspräsidentin, Flüeli



„Ein Jahr unpolitisch unterwegs“

Freundlich lädt ein:  
SVP-Landwirtschaftskommission Kanton Luzern



## ORTSPARTEIEN

### Gründung Nummer 73 – Ortspartei Dierikon

**Kürzlich versammelte sich eine Gruppe Dierikoner, um im Kanton Luzern eine weitere Ortspartei der SVP zu gründen.**

**Das Präsidialamt übernimmt Rebecca Zimmermann. Die Jus-Studentin wird unterstützt vom Controller Raphael Wagner als Aktuar und dem Unternehmer Adrian Widler als Kassier.**

Eine grosse Meinungsvielfalt sei wichtig. Unser Ziel ist es, den SVP-Wählern in Dierikon ein Zuhause zu geben und Unterstützung zu bieten. Zusätzlich wollen wir neue SVP-Wähler sowie Mitglieder für unsere Partei gewinnen.

Der Vorstand ist motiviert, die Standpunkte der SVP auch in Dierikon zu vertreten und die Lösung bestehender Probleme voranzutreiben.

Ortsparteipräsidentin Rebecca Zimmermann



(v. l. n. r.): Raphael Wagner, Aktuar, Rebecca Zimmermann, Präsidentin, Adrian Widler, Kassier

*DIE FARBEN PROFIS*  
ÜBER 25 JAHRE ERFAHRUNG

Nico Fusco

Grünauring 16  
6014 Luzern

078 641 25 15  
malernico@bluewin.ch

Malerarbeiten - Tapezierarbeiten - Renovationen - Stucco Antico - Gipsarbeiten - Isolationen - usw.



## ZUM SCHLUSS NOCH DIES

# Unruhe in Willisau – das Generationenprojekt

Die Befürworter dieser Initiative haben gewonnen. Verloren hat der Glaube an geschriebene Gesetze und das Vertrauen in die Regierung.

**Interessante Nachrichten aus der Stadt Willisau am Berchtoldstag 2018. Anscheinend werden starke Steuerzahler in Willisau persönlich angeschrieben. So erlebt es jedenfalls seit Jahren ein SVPlar.**

Nicht nur verdankt wird sein grosser Steuerbeitrag. Nein, man dankt ihm auch für die Zitat: «gelungenen Projekte, welche ohne seinen Steuerbeitrag nicht zu realisieren gewesen wären». Interessant ist, dass dieser gute Steuerzahler praktisch sämtliche dieser Projekte bekämpfte.

Natürlich ist das unsere direkte Demokratie. Und trotzdem könnte man zumindest denken, dass es an Zynismus grenzt, wenn eine Gemeinde wohlwissend so einen Dankesbrief verfasst und verschickt.

Und weiter geht's mit Willisau. Am 21. Januar möchte die Stadt das Generationenprojekt «Im

Grund» vom Volk abstimmen lassen. Leider kamen die Abstimmungsunterlagen zu spät in den Briefkasten von Bürgerinnen und Bürgern. Schuld gemäss Stadtpräsidentin Erna Bieri-Hunkeler war die Post. Nun ja, weiterer Kommentar überflüssig.

Geschätzte Stadtpräsidentin und Stadtrat, peinlich genug, dass man solche Termine verschläft. Richtig problematisch wird es aber dann, wenn man die eigenen Fehler der Post zuschiebt, oder vielleicht nicht zugeben möchte, dass diese Unterlagen bewusst erst nach den Feiertagen verschickt wurden, damit sich der

Stimmbürger nicht zu viel Zeit nehmen kann, diese Unterlagen genau zu studieren? Am Freitag, 12. Januar 2018 hat die Regierung entschieden, dass die Willisauer trotz Verfahrensfehler und Missachtung von Gesetzesvorgaben geplant am 21. Januar abstimmen können.

Die Unterlagen hätten 3 Wochen vor Abstimmungstag bei den Bürgern sein sollen. Waren sie bewiesenermassen nicht. Für wen gelten eigentlich diese Gesetze? Reinste Willkür im Regierungsrat!



# Computer Service Bolliger

Längweiherstrasse 6

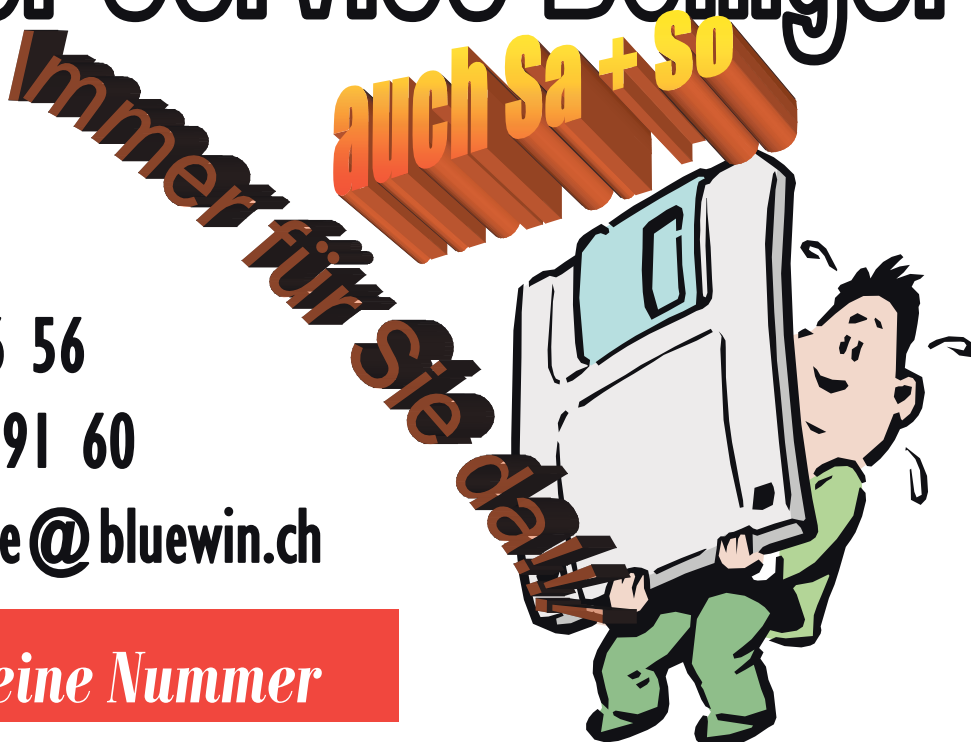
CH-6014 Luzern

Tel : 041 / 250 76 56

Natel : 079 / 350 91 60

Email : [comp-service@bluewin.ch](mailto:comp-service@bluewin.ch)

*PC Kummer, meine Nummer*



# KALENDER

## Februar 2018

17. Feb.	SVP Jasscup
24. Feb.	Racletteplausch in Menznau Landwirtschaftskommission
26. Feb.	Sessionsbeginn National- und Ständerat
26. Feb.	Podiumsveranstaltung Agrarfreihandel, Restaurant Sonne in Reiden

## März 2018

04. März	Eidg. und kantonale Abstimmungen
19. März	Sessionsbeginn Kantonsrat
20. März	Ortsparteipräsidentenkonferenz
24. März	Eidg. Delegiertenversammlung
27. März	Kant. Delegiertenversammlung

## April 2018

18. April	20 Jahre SVP Ortspartei Menznau
-----------	---------------------------------

## Mai 2018

24. Mai	Generalversammlung SVP Kanton Luzern
---------	--------------------------------------

## Juni 2018

23. Juni	Eidg. Delegiertenversammlung
28. Juni	Kant. Delegiertenversammlung

## August 2018

25. Aug.	Eidg. Delegiertenversammlung
30. Aug.	Kant. Delegiertenversammlung

## Öffentliche Podiumsveranstaltung

Montag, 26. Februar 2018, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.15)  
Hotel-Restaurant Sonne, 6260 Reiden

# Agrarfreihandel Chance oder Risiko?

Leitung: Daniel Salzmann, Redaktor Schweizerbauer

## Referenten und Podiumsteilnehmer:

- Bernhard Lehmann, Direktor-BLW
- Dr. Patrick Dümmler, Avenir-Suisse
- Prof. Dr. Mathias Binswanger, Ökonom
- Andreas Aebi, Nationalrat SVP, Alchensdorf BE
- Jakob Lütolf, Präsident Bauernverband Luzern
- Vroni Thalmann, Kantonsratspräsidentin Luzern
- Daniel Hüsler, Lanwirt / Unternehmer
- Willi Knecht, Landwirt / Kantonsrat

Freundlich lädt ein:  
SVP Landwirtschaftskommission Kanton Luzern



# Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

**Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:**

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen
- Wir wollen für alle die Steuern senken

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!



**Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.**

**Unterstützen Sie uns dabei!**

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

- ☐ Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteiunterlagen zu.  
☐ Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.  
☐ Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname \_\_\_\_\_ Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

Geb.-Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ausschneiden und senden an: SVP Kanton Luzern, Postfach, 6000 Luzern  
oder Internet: [www.svplu.ch](http://www.svplu.ch). Spenden auf PC-Konto 60-29956-1

